



Protokollauszug aus der 3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm- lung der Landeshauptstadt Potsdam vom 03.12.2008

öffentlich

**Top 6.36 Werbeflächen Volksbegehren "Keine neuen Tagebaue"
08/SVV/1045
abgelehnt**

Die Vorlage wird namens der Stadtverordneten Grimm und Boede vom Stadtverordneten Herzberg, Die Andere, eingebracht.

Der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service Herr Exner macht in der Diskussion deutlich, in welchem Rahmen die Landeshauptstadt tätig sei; das Volksbegehren werde nach Artikel 77 der Verfassung des Landes im übertragenen Wirkungskreis für den Landeswahlleiter wahrgenommen und die Stadt habe einer Neutralitätspflicht nachzukommen. Die Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Frau Dr. v. Kuick-Frenz weist auf die Regelungen der Werbesatzung für das Satzungsgebiet Innenstadt hin.

Entsprechend dem Antrag der Fraktion SPD ist die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes *wörtlich* in die Niederschrift aufzunehmen. Die wörtliche Wiedergabe ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob Flächen am Alten Rathaus oder anderen attraktiven Flächen in der Potsdamer Innenstadt für die Werbung des Volksbegehrens „Keine neuen Tagebaue“ genutzt werden können.

Über das Ergebnis ist der Hauptausschuss im Dezember 2008 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit 22 Nein-Stimmen **abgelehnt**,
bei 19 Ja-Stimmen.